

Medieninformation

Sächsischer Rechnungshof

Sperrfrist: 19. November 2009, 10:30 Uhr

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Ute Hein

Durchwahl
Telefon +49 341 255-6319
Telefax +49 341 255-6120

ute.hein@srh.sachsen.de

Leipzig, 16. November 2009

Zum Jahresbericht 2009

Der Sächsische Rechnungshof hat heute entsprechend seinem Verfassungsauftrag seinen Jahresbericht 2009 dem Landtag vorgelegt und gleichzeitig die Staatsregierung unterrichtet.

In seinem Vorwort zum Jahresbericht 2009 stellt Präsident Franz Josef Heigl fest, dass trotz des konjunkturpolitischen Einbruchs die in den vergangenen Jahren im Freistaat Sachsen eingeleiteten Maßnahmen zur Gestaltung tragfähiger Haushalte fortgesetzt werden müssen. Dazu zählten die Umsetzung der Verwaltungs- und Funktionalreform, die Bildung von Rücklagen für zukünftige Zahlungsverpflichtungen, die seit 2006 begonnenen Schuldentilgungen und insbesondere die Zuführungen in den Generationenfonds. Um den gestiegenen Ausgaben und sinkenden Einnahmen wirkungsvoll zu begegnen, dürfe nicht nachgelassen werden, nach Einsparpotenzialen zu suchen. Es sei notwendig, das Personalabbaukonzept auch in den Nebenhaushalten umzusetzen und eine permanente Erfolgskontrolle bei Förderprogrammen durchzuführen. Einsparpotential sähe er auch beim Landtag: Der Freistaat Sachsen leiste sich mit 132 Abgeordneten bei rd. 4,2 Mio. Einwohnern das mit Abstand größte Landesparlament der neuen Bundesländer. Unter dem Blickwinkel sinkender Einnahmen, der demografischen Entwicklung und nicht zuletzt der Effizienz an sich, dürfe sich das Parlament einer Verkleinerung nicht mehr verschließen. Die Aufgaben des Freistaats seien auf den Kernbereich zu verringern, betont Präsident Heigl.

Unterteilt in 6 Themenkomplexe zeigt der Bericht ein breites Spektrum an Einsparpotentialen, die zur Entlastung des Landeshaushalts beitragen können. Einige ausgewählte Beiträge sind im Folgenden dargestellt:

Postanschrift:
Sächsischer Rechnungshof
Postfach 10 10 50
04010 Leipzig

Hausanschrift:
Sächsischer Rechnungshof
Schongauerstraße 3
04328 Leipzig

www.srh.sachsen.de

- **Prüfung der Haushaltsrechnung, Analyse der Haushaltssituation**
Von zentraler Bedeutung ist die Prüfung der Haushaltsrechnung verbunden mit einer Analyse der Haushaltssituation des Landes (**Beiträge 1 bis 6**). Mit dem Jahresbericht 2009 werden die Ergebnisse der Prüfung der Haushaltsrechnung 2007 als Grundlage für die Entlastung der Staatsregierung vorgelegt.
- **Schwächen und Mängel der Rechtsaufsicht**
Gerne hätte der Sächsische Rechnungshof auf die Beiträge **Nr. 20 und 21** im vorliegenden Bericht verzichtet. Aber das SMS weigert sich nach wie vor, notwendige Maßnahmen der Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern zu ergreifen und setzt somit den Freistaat einem vermeidbaren erheblichen Haftungsrisiko aus. Auch hat es das Ministerium über Jahre hingenommen, dass die Heilberufekammern es unterließen, dem SRH die Ergebnisse der Prüfung ihrer Rechnung vorzulegen.
- **(K)Eines für alle**
Beitrag Nr. 8 befasst sich mit dem IT-Vorhaben „landeseinheitliches Personalverwaltungssystem“. Nach 8 Jahren Projektarbeit ist für die Verwaltung der Personaldaten immer noch kein landeseinheitliches Personalverwaltungssystem eingeführt worden. Vielmehr werden mindestens 30 nicht kompatible Datenbanken betrieben. Mehrausgaben in Millionenhöhe sind die Folge.
- **Ein Provisorium für die Ewigkeit**
Beitrag Nr. 19 beschäftigt sich mit dem Neubau der S 243n Ortsumgehung Kändler/Röhrsdorf. 21 Nachträge, erhebliche Mengenmehrungen und ein Zusatzauftrag führten zu einer Kostenüberschreitung von rd. 2,3 Mio. € (49,6 %). Von den Mehrkosten sind rd. 100 T€ auf die provisorische Umgehungsfahrbahn zurückzuführen, die für den etwa 6-monatigen Umleitungsverkehr während der Baumaßnahme mit einer Haltbarkeit für 30 Jahre (Bauklasse II) gebaut wurde. Im Autobahnamt muss das Bewusstsein für einen wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln erheblich verbessert werden.
- **Kassenkosten in Millionenhöhe**
Bei der Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Hauptkasse und der Landesjustizkasse (**Beitrag Nr. 11**) hat der Sächsische Rechnungshof festgestellt, dass bereits elektronisch vorliegende Kassendaten noch zu oft in Papierform ausgetauscht werden. Die überflüssigen Medienbrüche verursachen in der Hauptkasse und der Landesjustizkasse jährliche Kosten in Höhe von etwa 2,5 Mio. €. Die Ergebnisse der Prüfung lassen erwarten, dass infolge einer Zusammenlegung beider Kassen Optimierungseffekte möglich wären. Kassengeschäfte sind Massegeschäfte. Höhere Fallzahlen ermöglichen eine günstigere Fallbearbeitung.

- **Geduldete Förderung ohne Kontrolle**
In den Bund-/Länderprogrammen der Städtebauförderung wurden in den Jahren 1991 bis März 2006 rd. 2,1 Mrd. € ausgezahlt. Eine systematische Kontrolle der Mittelverwendung gab es nicht. Das SMI beanstandete dies nicht und missachtete damit nicht nur haushaltsrechtliche Regelungen, sondern auch die Vorgaben der eigenen Förderrichtlinien. Das SMI hat inzwischen damit begonnen, Regelungen und Verfahren für eine Stichprobenprüfung zu erarbeiten. Die Bereinigung der unhaltbaren Situation duldet keinen Aufschub (**vgl. Beitrag Nr. 12**).
- **Potente Hengste braucht das Land?**
Etwa 90 % des Zuchthengstbestandes der Sächsischen Gestütsverwaltung sind nicht den existenzbedrohten Pferderassen zuzuordnen. Die Sächsische Gestütsverwaltung steht dadurch im Wettbewerb mit privaten Züchtern. Der Freistaat Sachsen finanziert 62,8 % der betrieblichen Aufwendungen mit öffentlichen Mitteln. Die Subventionierung der Sächsischen Gestütsverwaltung führt zu einer unzulässigen Wettbewerbsverzerrung, da private Züchter eine solche Bezuschussung nicht erhalten. Der Umfang des von der Sächsischen Gestütsverwaltung in Sachsen und Thüringen betriebenen Netzes von 23 Deckstationen wird infrage gestellt. Die Finanzierungslast des Landgestüts für den Freistaat muss deutlich reduziert werden. Pferdezucht ist keine originäre staatliche Aufgabe (**vgl. Beitrag Nr. 23**).
- **MOVE bewegte wenig und kostete viel**
Das Projekt Moderne Verwaltung der Technischen Universität Chemnitz (MOVE) war vom SMWK seit dem Jahr 2000 als zweiter Modellversuch zur Einführung von NSM geplant worden. Obwohl die zuständigen Ministerien bereits im September 2003 zu der Einschätzung gelangten, dass die weitere Finanzierung des Projektes gescheitert sei, bewilligte das SMWK im Oktober 2003 weitere Mittel. Im Jahr 2005 wurde das Projekt eingestellt (**vgl. Beitrag Nr. 26**).
- **Konzeptionslose Welterbestätte**
Beitrag Nr. 32 befasst sich mit der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stiftung „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau“. Die Stiftung benötigt jedes Jahr einen Sonderzuschuss (derzeit rd. 1,4 Mio. €) des Freistaates zur Deckung ihrer laufenden Ausgaben. Die Unselbstständigkeit der Stiftung, ein fehlendes Gesamtnutzungs- sowie Marketingkonzept behinderten bislang ein effizienteres Wirtschaften der Stiftung.

- **Örtliche Rechnungsprüfung sicherstellen**

Die Personalausstattung für die örtliche Rechnungsprüfung ist weiterhin rückläufig. Der Rechnungshof hält die vom Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit zur Übertragung der örtlichen Rechnungsprüfung auf ein anderes kommunales Rechnungsprüfungsamt bei Städten über 20.000 EW für problematisch (vgl. **Beitrag Nr. 36**).

- **Tief geplant und hoch bezahlt**

Die Stadt Leipzig startete den Neubau des Museums der bildenden Künste mit unrealistisch niedrigen Kostenvorstellungen. Die Baukosten erhöhten sich um rd. 15,4 Mio. € (26,5 %). Die Projektorganisation für diese bedeutende Baumaßnahme war unzureichend (**Beitrag Nr. 45**).

Haushaltsrechnung

Unbeschadet der in den einzelnen Beiträgen dargestellten Prüfungsergebnisse bescheinigt der Sächsische Rechnungshof der Regierung für das Haushaltsjahr 2007 eine insgesamt ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung. Für dieses Haushaltsjahr hat der Freistaat erstmalig eine Vermögensrechnung aufgestellt. Sie enthält einen bewerteten Nachweis über die Schulden und das Vermögen des Landes und bietet so einen konzentrierten Überblick über die Vermögenslage – auch wenn derzeit noch die beweglichen Vermögensgegenstände, insbesondere Kunst- und Sammlungsgegenstände, in der Übersicht fehlen.

Einnahmesituation des Freistaates Sachsen

Nach der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren rechnet der Freistaat aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 mit 554 Mio. € und 2010 mit 1.072 Mio. € weniger Einnahmen. Dem Rückgang der Einnahmen stehen Steigerungen der Ausgaben gegenüber. So muss der Freistaat erhöhte Personalausgaben und gestiegene Baukosten des City-Tunnels Leipzig decken, seinen Anteil am zweiten Konjunkturpaket aufbringen und EU-Fördermittel zurückzahlen.

Beratende Äußerung, Gutachten und Sonderberichte

Der Sächsische Rechnungshof hat im März 2009 einen Sonderbericht gem. § 99 SÄHO zur Landesbank Sachsen/Girozentrale herausgebracht. Der Bericht versucht nachzuvollziehen, wie bei der SLB die „finanzielle Schieflage“ entstand, die von der Bank allein nicht bewältigt werden konnte.

Die Prüfungsergebnisse bei den Fraktionen im Sächsischen Landtag zum Anlass nehmend, hat der Sächsische Rechnungshof gem. § 88 Abs. 2 SÄHO Landtag und Staatsregierung im September 2009 die Beratende Äußerung zur Verwendung der Fraktionszuschüsse vorgelegt.

Der Sonderbericht und die Beratende Äußerung sind unter www.rechnungshof.sachsen.de in der Rubrik „Veröffentlichungen/Beratende Äußerungen bzw. Unterrichtungen des Landtags“ abrufbar.

Kurzfassung einzelner Jahresberichtsbeiträge

Die Zusammenfassung der einzelnen Beiträge des Sächsischen Rechnungshofs ist dem Jahresbericht auf gelbem Papier vorangestellt.